

## Zahl der Abschiebungen sinkt

Die Zahl der Abschiebungen sinkt weiter und eine Änderung ist nicht in Sicht. So mussten nur 299 Asylbewerber alleine Berlin im 1. Halbjahr wieder verlassen – 564 waren es im Vergleichszeitraum 2019. Durch die Corona-Krise sei die zwangsweise Durchsetzung der Ausreisepflicht nahezu völlig zum Erliegen gekommen, teilte ein Sprecher in der Innenverwaltung gegenüber der Presse mit. Im Krisen-Monat April gab es nur vier, im Mai zwei Abschiebungen.

Seit Mitte Mai stellt das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) wieder Ablehnungs-Bescheide zu. „Mögliche Rückführungen werden unabhängig von der Pandemie seit Mitte Juni uneingeschränkt vollzogen“, so die Innenbehörde. Per Charterflug ab Schönefeld wurden 188 Personen abgeschoben. Die Ziele der von Berlin und der europäischen Grenz- und Küstenwache (FRONTEX) organisierten Flüge: Libanon, Moldau, Aserbaidschan, Türkei, Albanien, Ägypten, Serbien, Georgien. 128 freiwillige Rückkehrer bekamen 53.000 Euro Starthilfe.



Überwiegend treffen inzwischen Berufspolitiker Entscheidungen in weiteren Bereichen, obwohl sie den Bezug zur Bevölkerung längst verloren haben. Deshalb vertreten wir Republikaner die Ansicht, dass endlich wieder Bürgervertreter die Interessen unseres Volkes repräsentieren sollten. Wir Republikaner sehen uns als Volksvertreter, die im stetigen Kontakt mit den Bürgerinnen und Bürgern eben die Nöte und Probleme kennen, denen viele Menschen ausgesetzt sind. Deshalb ist jede Stimme für unsere Partei auch eine Stimme pro Bürgervertreter.

## Erneuter Lockdown würde Wirtschaft überbelasten

Eine deutliche Mehrheit der Menschen in Deutschland rechnet mit einem erneuten Lockdown - und mit erheblichem Schaden für die deutsche Wirtschaft, wie eine repräsentative Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Civey unter rund 5000 Menschen in Deutschland zeigt.

Mehr als vier von fünf Befragten - 82 Prozent - erwarten noch für dieses Jahr eine erneute Verschärfung der Corona-Schutzmaßnahmen. Mit 32 Prozent geht etwa ein Drittel sogar "auf jeden Fall" davon aus, weitere 50 Prozent rechnen "eher" damit. Nur etwas mehr als jede zehnte befragte Person geht nicht von neuerlichen Beschränkungen aus. Bereits der erste Lockdown sorgte für eine kaum bezifferbare Anzahl von Insolvenzen. Zudem wurde nach den sog. „Förderungen“ schnell klar, dass diese in großen Teilen wieder zurückgefordert werden, denn die Bezugsmaßstäbe wurden nach der Auszahlung angepasst.

## Linksextremistische Terrorgefahr

Die linksextremistische „Antifaschistische Aktion“ (Antifa) bereitet sich nach Kenntnis der Sicherheitsbehörden gezielt auf Angriffe gegen Polizisten, politische Gegner und vermeintliche Rechtsextremisten vor.

Dies ergibt eine Gefahrenanalyse des Bundeskriminalamts und des Bundesamts für Verfassungsschutz. Bei der Antifa und ihren rund 50 regionalen Unterstützergruppen gebe es sei einiger Zeit eine „Professionalisierung der Gewaltausübung“, heißt in dem Papier der beiden Behörden. Linksextremisten kalkulierten neuerdings schwerste Verletzungen ihrer Gegner ein. Sogar gezielte Tötungen seien denkbar, berichtet eine Studie des Berliner Verfassungsschutzes.

In einem umfassenden Internet-Dossier bekennt sich die Berliner Antifa ausdrücklich zu Dutzenden Angriffen auf politische Gegner sowie zu Feuer- und Farbattacken auf Immobilien und Fahrzeuge. Die in den Texten verhöhten Opfer waren in den meisten Fällen Politiker rechter Parteien, Burschenschaftler und Journalisten.

Westlichen Nachrichtendiensten liegen unterdessen Hinweise vor, dass deutsche Antifa-Mitglieder bei der linken kurdischen Miliz YPG in Syrien ein Kampftraining absolvieren. Fotos im Internet zeigten junge Europäer mit Sturmgewehren.

Lange hat es gedauert, bis endlich klar

wurde, welche erhebliche Gefahren für den Staat und Andersdenkende von Linksextremisten droht. Über Jahrzehnte hinweg fand sogar eine Deckung von linken Feinden der Verfassung und Meinungsfreiheit statt. Dabei zeigten insbesondere immer wieder SPD und Grüne, wie sehr sie sich gegen ein verstärktes Vorgehen gegen militante Linke stellen.

Das Ergebnis war: Gestiegenes Selbstbewusstsein bei den Chaoten. Besetzte Häuser, rechtsfreie Räume und der bereitwillige Verstoß gegen Gesetze sind nun das Ergebnis. Der Angriff auf Polizei, Andersdenkende und selbst Pressevertreter gehört in den Köpfen der Kriminellen dazu.

# Deutschland REP-ORT

Onlinezeitung der Republikaner

**DIE REPUBLIKANER REP**

## Ober- und Bürgermeisterkandidaten der REP in NRW

Bei den anstehenden Kommunalwahlen treten wir Republikaner auch in drei Städten mit Oberbürgermeister- und Bürgermeisterkandidaten an. Diese wollen wir Ihnen heute kurz vorstellen:

### Porta Westfalica:



Dietrich Edler, Unternehmer, ehem. Kreissprecher der Afd und jetzt REP-Kreisvorsitzender in Porta Westfalica. Herr Edler ist gleichzeitig Spitzenkandidat für den Stadtrat unserer Partei.

### Hagen:



Franco Flebus ist Rentner und ehem. Stadtrat. Er ist Kreisvorsitzender in Hagen und gehörte bereits einmal dem Rat vor rund 15 Jahren für unsere Partei an. Zudem ist er Spitzenkandidat für den Stadtrat.

### Düsseldorf:



Andre Maniera, Rechtsanwalt und Stadtrat seit 2014, tritt erneut als OB-Kandidat in Düsseldorf an. Der Landesvorsitzende NRW ist zudem wieder Spitzenkandidat für den Stadtrat.

## EU: Aus 750 Milliarden könnten 4,8 Billionen werden

Der Kreditwahnsinn wurde beschlossen. Die EU wird die Corona-Rezession durch das 750-Milliarden-Euro-Paket „Next Generation EU“ (NGEU) bekämpfen und über europäische Schulden finanzieren. Die nähere Analyse der Finanzierungsseite fördert dabei Erstaunliches zutage. Wird der Gipfelbeschluss umgesetzt, dann verschafft sich die EU nicht nur lediglich Mittel zur Tilgung der Schulden in Höhe von 750 Milliarden Euro. Sie würde außerdem in die Lage versetzt, zusätzlich Anleihen in Höhe von einigen Billionen Euro zu begeben. Das neue Paket wird bekanntlich in voller Höhe durch EU-Kreditaufnahme finanziert. Dazu wird die Kommission ermächtigt, bis 2026 Mittel in Höhe von 750 Milliarden Euro über die Emission von EU-Anleihen aufzunehmen. Abgesichert werden die Emissionen durch den EU-Haushalt und die künftigen Eigenmittel der EU. Der bisherige Eigenmittelbeschluss sichert der EU aber lediglich Mittel bis zu 1,2 Prozent des EU-Bruttonationaleinkommens (BNE) zu, also völlig unzureichend.

Diese Obergrenze wird in zwei Schritten erhöht. Aus dem EU-Haushalt müssen in den 31 Jahren von 2028 bis 2058 für das Corona-Paket 390 Milliarden Euro getilgt werden, weil die verbleibenden 360 Milliarden Euro als Kredite an die Mitgliedstaaten vergeben werden und auch von diesen zu tilgen sind. Bereits ohne jegliches Wirtschaftswachstum würde sich die Tilgungskapazität damit auf 18,6 Prozent (= 31 x 0,6 Prozent) des heutigen BNE belaufen. Dies entspricht einem Betrag von 2,6 Billionen Euro. Unterstellt man 2,5 Prozent, dann beläuft sich die Tilgungskapazität sogar auf 4,8 Billionen Euro.

### ! Jetzt Republikaner werden !



Unser Land hat bereits zu viele Zuschauer und besonders heute ist es wichtiger denn je, dass mehr Menschen ihren Anteil zur zwingend notwendigen Veränderung leisten. Jeder kann sich einbringen, entweder als aktives Mitglied oder als passiver Unterstützer. Als Republikaner sind Sie Teil einer Oppositionsbewegung, die sich primär für die Interessen der eigenen Bevölkerung einsetzt und den Erhalt unserer Identität. **Hier gelangen Sie zum Mitgliedsantrag unserer Partei:** <https://www.die-republikaner.net/mitglied-werden/>

## Jetzt informieren

- Ich habe Interesse an einer Infoveranstaltung
- Ich möchte Mitglied werden
- Ich bitte um weiteres Infomaterial

[www.rep.de](http://www.rep.de)

# DIE REPUBLIKANER

**DIE REPUBLIKANER REP**

## VERANSTALTUNGSKALENDER

### Sehen Sie hier eine Übersicht von Veranstaltungen, die nicht abschließend ist

- **Heidelberg:** einmal im Monat. Informationen unter: heidelberg@rep.de oder 0157/30663871.
- **Karlsruhe Land:** Verschiedene lokale Veranstaltungen. Weitere Informationen unter: 0725472375.
- **München:** Stammtisch mit Infoveranstaltung jeden zweiten Dienstag im Monat ab 19 Uhr im Gasthof Zum Goldenen Roß, Rosenheimer Str. 189, 81671 München. Näheres unter: 089/2158367.
- **Berchtesgaden:** Regelmäßige Stammtische: Infos unter: lgst@rep-bayern.de
- **Rosenheim:** Regelmäßige Informationsveranstaltungen des REP-Kreisverbandes Rosenheim. Informationen unter: lgst@rep-bayern.de
- **Nürnberger Land:** Stammtisch jeden vierten Samstag im Monat ab 19.30 Uhr, Gaststätte „Zum Goldenen Stern“, Nürnberger Str. 7, 91224 Pommelsbrunn. Infos unter: 01522-2624313.
- **Kissing:** Stammtisch, jeden ersten Montag. 19.30 Uhr, Gaststätte Relax't, Peterhofstr.15, 8438 Kissing.
- **Forchheim:** In Forchheim führen die Republikaner einen monatlichen Stammtisch durch. Interessenten melden sich bitte bei Herrn Noffke, Bezirksvorsitzender u. Kreisrat: Tel.: 09191/31880.
- **Düsseldorf:** Informationsabend des REP-Kreisverbandes, jeder ersten Samstag im Monat, um 17.00 Uhr. Interessenten können Sie beim Kreisverband melden: duesseldorf@rep.de oder Tel./Fax: 0211-6022383.
- **Wuppertal:** Monatlicher Stammtisch, Einladungen erfolgen schriftlich. Kontakt unter: kontakt@rep-nrw.de.
- **Ruhrstammtisch:** abwechselnd in **Essen, Bochum, Gelsenkirchen**. Kontakt unter: kontakt@rep.nrw.de.
- **Ostwestfalen-Lippe:** Jeden ersten Dienstag im Monat, um 19.30 Uhr, in Porta Westfalica. Anfragen unter: kontakt@rep-nrw.de.
- **Kreis Viersen:** Monatliche Informationsveranstaltungen des REP-Kreisverbandes Viersen. Infos unter: viersen@rep.de
- **Kreis Hagen:** Monatlicher Infoabend des lokalen REP-Kreisverbandes. Informationen erhalten Sie unter: hagen@rep.de
- **Sachsen:** Monatliche Informationsveranstaltung. Infos unter: sachsen@rep.de
- **Vorpommern-Rügen:** Monatlicher Stammtisch. Infos unter mv@rep.de oder 01525-2905788

**BITTE ÄNDERUNGEN ODER WEITERE VERANSTALTUNGEN DER  
BUNDESGESCHÄFTSSTELLE MITTEILEN**





# Antrag auf Mitgliedschaft

Sie können diesen Antrag in Acrobat ausfüllen und dann ausdrucken oder ausdrucken und dann per Hand ausfüllen (bitte in Blockschrift). Den ausgefüllten Antrag senden Sie bitte per Post an folgende Adresse:

**DIE REPUBLIKANER(REP)**  
 Postfach 140407  
 40074 Düsseldorf

# Ich bin dabei!

Ich bekenne mich zu den Grundsätzen der Republikaner und ihrer Satzung. Ich sehe in der Verteidigung des freiheitlich demokratischen Rechtsstaates gegen innere und äußere Feinde eine der wichtigsten politischen Aufgaben. Das unterstreiche ich durch folgende Erklärung: Ich werde mich stets für folgende Verfassungsgrundsätze besonders einsetzen und sie verteidigen: 1) Das Recht des Volkes, die Staatsgewalt in Wahlen und Abstimmungen durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung auszuüben und die Volksvertretung in allgemeiner, unmittelbarer, freier und geheimer Wahl zu wählen; 2) Die Bindung der Gesetzgebung an die verfassungsmäßige Ordnung und die Bindung der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung an Gesetzgebung und Recht; 3) Das Recht auf Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition; 4) Die Ablösbarkeit der Regierung und ihrer Verantwortung gegenüber der Volksvertretung; 5) Die Unabhängigkeit der Gerichte; 6) Der Ausschluß jeder Gewalt- und Willkürherrschaft; 7) Die im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte.

Tel. (0211) 995 487 94 • Fax (0211) 995 487 13 • [bund@rep.de](mailto:bund@rep.de)

Titel, Vorname, Nachname \_\_\_\_\_

Straße, Hausnummer \_\_\_\_\_

Postleitzahl \_\_\_\_\_ Wohnort \_\_\_\_\_

Telefon \_\_\_\_\_ Telefax \_\_\_\_\_

E-Post \_\_\_\_\_

Konfession / Beruf / Tätigkeit \_\_\_\_\_ Geburtsdatum \_\_\_\_\_

Frühere Parteimitgliedschaft in ... / von > bis; Mitgliedschaft in Gewerkschaften/anderen Vereinen \_\_\_\_\_

Datum / Unterschrift \_\_\_\_\_

Bitte senden Sie mir die Parteizeitung per Post  
 Ich möchte den Infobrief der REPUBLIKANER per E-Post beziehen

Beitrag (€ pro Monat) \_\_\_\_\_ Zahlungsart  Überweisung  Lastschrift Zahlungsrhythmus  jährlich  halbjährlich

**Beitrag mind. 10.00 € monatlich, bzw. 5 € für Rentner, Azubis, Studenten und Personen mit geringem Einkommen. Die Aufnahmegebühr beträgt 10 €.**

## Erteilung eines SEPA-Lastschriftmandates

Hiermit ermächtige ich die Republikaner, vertreten durch den empfangsberechtigten Landesverband, widerruflich von unten genanntem Girokonto, die von mir zu entrichtenden Beiträge im Lastschriftverfahren (Bankabbuchung) einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von den Republikanern eingezogenen Lastschriften einzulösen. Hinweis: Ich kann innerhalb von 8 Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit dem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen. Vor dem ersten Einzug einer SEPA-Basis-Lastschrift werden mich Die Republikaner über den Einzug in dieser Verfahrensart unterrichten.

Kreditinstitut \_\_\_\_\_ BIC/Swift-Code \_\_\_\_\_

IBAN \_\_\_\_\_

Datum / Unterschrift \_\_\_\_\_

Aufnahmeantrag angenommen				Interne Bearbeitung
<b>Kreisverband</b> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> _____ Unterschrift	<b>Bezirksverband</b> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> _____ Unterschrift	<b>Landesverband</b> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> _____ Unterschrift	<b>Bundesverband</b> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> _____ Unterschrift	Datum EG EDV Ausw. <b>Mitgl.nr.</b>